



Nach 30 Jahren: *New World Order* als strategisches Programm und politische Wirklichkeit

Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt

Oktober 2020

Zusammenfassung

Bereits vor vier Jahren spiegelte die US-Präsidentschaftswahl 2016 eine in den USA weit verbreitete Krisenstimmung. Sie erreichte 2020 in Zeiten der Pandemie, bürgerkriegsähnlicher Unruhen und weltpolitischer Hilflosigkeit einen Tiefpunkt. Doch die tatsächliche Fallhöhe amerikanischer Politik wird erst dann erkennbar, wenn die Betrachtung einen längeren Zeitraum erfasst und am 11. September 1990 beginnt. An diesem Tag verkündete George W.H. Bush vor dem US-Kongress den Beginn der neuen Weltordnung.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Anspruch auf Hegemonie

Der 41. Präsident der USA wählte als Repräsentant der alten patrizischen Führungsschicht seine Worte mit Bedacht. Er wusste, dass das Motto *novus ordo seclorum* nicht nur das Staatssiegel und jede Ein-Dollar-Note zierte, sondern in Vergils 4. Ekloge den Beginn eines friedlichen Zeitalters unter der Herrschaft Roms prophezeit. Bushs Rede war aber auch eine Kriegserklärung.

Am 6. August 1990 hatte der irakische Diktator Saddam Hussein das ölreiche Kuwait in der irrigen Annahme besetzt, die USA würden, nachdem sie seinen verlustreichen Krieg gegen den Iran unterstützt hatten, die Annexion hinnehmen. Doch Bush und seine Berater dachten nicht daran, das völkerrechtswidrige Verhalten eines orientalischen Despoten zu akzeptieren. Sie wollten nach dem Ende des Kalten Krieges die Welt in klassischer Weise ordnen: *Parcere subiectis et debellare superbos!* Die amerikanischen Streitkräfte, nach ihrer Niederlage in Vietnam als Berufarmee reorganisiert, vertrieben Anfang 1991 in einem kurzen Wüstenfeldzug die Iraker aus Kuwait.

Die Siegesparade durch Manhattan führte der Welt die neue Ordnung vor Augen. Während Moskaus Herrschaftsbereich auf die Russische Föderation schrumpfte und das Potential Chinas sich nur zögernd entfaltete, konzentrierte sich die Macht der globalen Hegemonie innerhalb des Washington Beltway, in der Wall Street und im Silicon Valley.

Dazu lieferte der junge US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama dem internationalen Diskurs ein attraktives Stichwort: *End of History*. Unter Berufung auf Hegel und Marx folgerte er, die Dialektik von Verfalls- und Fortschrittsdenken habe ihre Synthese im Ewigkeitsdenken gefunden. Die liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung amerikanischer Prägung habe sich auf Dauer durchgesetzt. Der dynamischen Wirklichkeit hielt Fukuyamas Konstruktion nicht stand.

Glänzende Jahre

Am 14. Dezember 1995 unterschrieben die Präsidenten Kroatiens, Serbiens und Bosnien-Herzegowinas in der französischen Hauptstadt den „Vertrag von Paris“. US-Präsident Bill Clinton stand als Zeuge in der zweiten Reihe. Doch die Inszenierung täuschte. Der Vertrag war nichts anderes als das Abkommen von Dayton, das am 1. November 1995 auf einer US-Luftwaffenbasis in Ohio paraphiert worden war: Das Kriegsende in Bosnien hatten die USA erzwungen. *To End a War* überschrieb der amerikanische Chefunterhändler Richard Holbrook seine Erinnerungen.

Holbrook war 1992 im Umkreis Bill Clintons und seiner ambitionierten Frau ins Washingtoner Machtzentrum gelangt. Hillary Rodham Clinton, die *First Lady*, spätere Senatorin des Bundesstaats New York und Außenministerin unter Präsident Barack Obama wurde zu einem Fixpunkt amerikanischer Politik. Ihr Aufstieg zur eigenen Präsidentschaft scheiterte erst 2016 an Donald Trump.

Unter den Clintons prosperierte die US-Wirtschaft, die NATO begann, ihren Vertragsbereich bis in die Nähe St. Petersburgs auszudehnen. Gleichzeitig wurde die ostasiatische Wirtschaftskonkurrenz während der Asienkrise 1997 geschwächt. Nichts schien die Vorherrschaft der USA zu gefährden. In solchen Zeiten sind Konflikte außerhalb der eigenen Grenzen lediglich Episoden am Rande.



Gerechter Krieg

Das galt auch für den Krieg, den die NATO 1999 gegen Serbien führte. An ihm nahmen erstmals seit 1945 Deutsche als Kombattanten teil. Es war kein Verteidigungskrieg nach Artikel 5 des NATO-Vertrages, auch ein Mandat der Vereinten Nationen lag nicht vor. Dennoch gab es einen Grund für die Aktion unter US-Führung. Es ging darum, die albanische Bevölkerung des Kosovo vor Massakern serbischer Truppen unter Slobodan Milosevic zu schützen.

In der Folgezeit versuchten die USA, weitere Interventionen mit einem naturrechtlich abgeleiteten *right to protect* zu begründen. Außenministerin Clinton bezeichnete sogar die Durchsetzung von Frauenrechten als Frage der nationalen Sicherheit. Aber im Lichte der US-Interventionen im Irak und in Libyen verlor die *Hillary Doctrine* rasch ihre Überzeugungskraft.

Gegen die NATO-Intervention im Kosovo regte sich in Moskau und Peking erstmals erkennbarer Widerstand. Zwar gelang es nach schwierigen Verhandlungen, den Konflikt im Juni 1999 mit der Sicherheitsratsresolution 1244 diplomatisch beizulegen. Aber der ausgehandelte Kompromiss führte zu keiner dauerhaften Friedensregelung. Als im Februar 2008 das Parlament des Kosovo die Unabhängigkeit des Territoriums erklärte, lehnten Russland und China sowie ein Drittel der Staatengemeinschaft die völkerrechtliche Anerkennung ab. Nach 1999 konnte von einer normativ begründeten neuen Weltordnung nur noch bedingt die Rede sein.

Zerfallende Staaten

Nicht nur in Europa hatte sich die Pandorabüchse staatlichen Zerfalls geöffnet. Am Horn von Afrika, im Kaukasus, in Afghanistan, in Zentralasien, im Sudan und in der afrikanischen Region der Großen Seen entstanden im Verlauf ethnischer und religiöser Konflikte ordnungslose Räume, in denen Massenmorde begangen und Fluchtbewegungen ausgelöst wurden.

Politisch und akademisch gewann ein neues Thema Aufmerksamkeit: Staatszerfall. Es ging um *failed states*, *failing states* und *fragile states*. Welche Kriterien sollten für ihre Kategorisierung maßgebend sein? Noch dachte kaum jemand daran, diese Frage mit Blick auf die USA ernsthaft zu behandeln, denn für dystopische Szenarien waren die Drehbuchautoren Hollywoods zuständig.

Doch wies der Historiker Jack A. Goldstone schon 1991 in seinem Werk *Revolution and Rebellion in the Early Modern World* darauf hin, dass den USA ein Zerfall staatlicher Autorität drohen könne. Ausgehend von einem Vergleich gesellschaftlicher Entwicklungen in England, Frankreich, dem Osmanischen Reich und China zwischen 1600 und 1850 warnte er vor dem Gefühl falscher Sicherheit, dem sich die weißen *baby boomer* hingaben.

Wachsender Wohlstand bei sinkender Geburtenrate, die zunehmende Einschränkung gesellschaftlicher Mobilität als Folge eines schwachen öffentlichen Bildungssystems und hoher Schul- und Studiengebühren privater Träger, die relative Absenkung des Lohnniveaus gegenüber anderen Einkommen und die Umverteilung der Vermögen von unten nach oben mussten nach Goldstones Analyse in Laufe einer Generation zur gesellschaftlichen Polarisierung und zum Aufstieg populistischer Bewegungen führen.

Doch vermag es selbst eine fundierte wissenschaftliche Trendprognose nicht, disruptive Ereignisse und die Entscheidungen politischer Akteure vorherzusagen. Das gilt auch für die amerikanische Verfassungswirklichkeit. Ihre *checks and balances* ermöglichen zwar in Friedenszeiten einen berechenbaren politischen Prozess, in Kriegszeiten aber besitzt der Präsident als Oberkommandierender der Streitkräfte imperatorische Macht.



Achse des Bösen

Auf den Tag genau 11 Jahre nach Ankündigung der neuen Weltordnung zerstörte ein terroristischer Großanschlag am 11. September 2001 das Welthandelszentrum in New York. Zur selben Zeit wurden Teile des Pentagons in Washington schwer zerstört. 3000 Tote waren zu beklagen.

Wenige Tage später erklärte Präsident George W. Bush, der auf seinen Vater und Bill Clinton gefolgt war, den *Global War on Terror*. Der Krieg sollte, so der Präsident, kein Ende finden „bis nicht jede Gruppe von Terroristen, die weltweit agieren kann, gefunden, gestoppt und besiegt wurde.“ Mit amerikanischer Hilfe stürzte die afghanische Nordallianz das Taleban-Regime, das den Terroristen am Hindukusch Unterschlupf gewährt hatte. Der Anführer der al Qaida, Osama ben Laden, und die Führung der Taleban setzten sich nach Pakistan ab.

Am 29. Januar 2002 identifizierte Bush der Jüngere in seiner Rede zur Lage der Nation den Irak, den Iran und Nordkorea als Hauptfeinde der USA, als „Achse des Bösen“. Dabei kam kein einziger der an den Anschlägen Beteiligten aus diesen Ländern, auch befand sich kein einziger Afghane unter den Attentätern. Das Taleban-Regime war von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Pakistan, also traditionellen Verbündeten der USA, diplomatisch anerkannt und unterstützt worden. Die Familie ben Laden unterhielt beste Beziehungen zum saudischen Königshaus und zu den Spitzen der US-Gesellschaft.

Der außenpolitische Beraterkreis um Bush den Jüngeren, der nach einer juristisch umstrittenen Wahl ins Amt gelangt war, unterschied sich deutlich von dem seines Vaters, in dem noch Vertreter der traditionellen amerikanischen Führungsschicht dominierten. Um den Sohn gruppierten sich von Vizepräsident Dick Cheney ausgewählte Angehörige politischer Zirkel wie des *Project for a New American Century* oder des *American Enterprise Institute*, in dessen Washingtoner Hauptquartier bereits kurz nach dem 11. September neokonservative Wortführer wie Richard Perle und John Bolton zum Krieg gegen Saddam Hussein aufriefen. Angesehene Persönlichkeiten wie der frühere Generalstabschef Colin Powell wurden in ihren Dienst gestellt.

Scheiternde Interventionen, neuer Konkurrent

Am 11. Oktober 2002 sprach sich der US-Kongress mit großer Mehrheit für eine militärische Intervention im Irak aus. Auch Hillary Clinton, die einflussreiche Senatorin des Bundesstaats New York, stimmte für den Krieg. Deutschland, das nach dem 11. September 2001 den USA seine uneingeschränkte Unterstützung zugesagt hatte, votierte jetzt im Sicherheitsrat ebenso wie Frankreich gegen den amerikanischen Angriffskrieg. Es gab für ihn keine überzeugende Begründung und kein Mandat der Vereinten Nationen.

Im Rückblick erscheint das Frühjahr 2003 als Höhe- und Wendepunkt amerikanischer Macht. Nach einem kurzen, siegreichen Feldzug etablierten die USA in Bagdad eine amerikanische Besatzungsbehörde. Am 1. Mai 2003 erklärte George W. Bush die Mission für beendet. Doch zwei Tage zuvor hatte in Falludscha der sunnitische Aufstand begonnen. Die USA brachten die Lage nicht mehr unter Kontrolle. Spätestens nach der Sommeroffensive der Taleban 2006 bestimmten die USA und ihre Verbündeten auch in Afghanistan nicht mehr das Gesetz des Handelns. Schließlich demonstrierte Moskau im August 2008 während des kurzen Krieges in Georgien seine eurasische Großmachtstellung.

Allerdings wäre es verfehlt, den in diesen Jahren beginnenden Niedergang amerikanischer Macht nur auf die gescheiterten Interventionen im Vorderen Orient zurückzuführen; denn parallel dazu begann eine zweite, langfristig wirkende Entwicklung: In diesen Jahren entfaltete China weltweit sein ökonomisches Potential. Erst nach einiger Zeit wurde Pekings Strategie unterhalb der Schwelle militärischer Konfrontation erkannt. Mittels



gewaltfreier Durchdringung der Weltmärkte und der ökonomischen Kontrolle geostrategisch relevanter Positionen zielte Peking auf Amerikas globale Vorherrschaft. Diese Herausforderung war für die USA, ihre veraltete industrielle Infrastruktur und ihr leistungsschwaches öffentliches Bildungssystem gefährlicher als eine militärische oder terroristische Bedrohung. Im Rückblick erweist sich die Zustimmung des US-Kongresses zur Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation WTO am 11. Dezember 2001 als mindestens ebenso folgenreich wie die verfehlte Strategie des *Global War on Terror*.

Imperiale Überdehnung und ihr Preis

Immer deutlicher zeichnete sich jene imperiale Überdehnung ab, vor der Paul Kennedy 1987 in seiner viel beachteten Studie über den Aufstieg und Fall großer Mächte warnte. Die USA verwickelten sich nicht nur in militärische, sondern auch in religiöse und kulturelle Konfliktzonen, die Samuel Huntington bereits 1996 in *Clash of Civilizations* beschrieb. Nach 2001 standen amerikanische Truppen dschihadistischen Kämpfern gegenüber und US-Unternehmen mussten sich mit den gut ausgebildeten und ehrgeizigen Absolventen des konfuzianisch ausgerichteten chinesischen Bildungssystems messen.

Am 15. September 2008, fast auf den Tag genau sieben Jahre nach dem terroristischen Großangriff der al Qaida, brach die amerikanische Großbank Lehmann Brothers zusammen. Der Krieg gegen den Terror hatte bis dahin nach offiziellen US-Angaben rund 686 Milliarden Dollar gekostet. Den Löwenanteil verschlang mit 532 Milliarden der Krieg im Irak. Er wurde nicht mit Steuererhöhungen finanziert. Im Gegenteil wurden die Steuern für Unternehmen und Spitzenverdiener unter Bush dem Jüngeren sogar gesenkt. Deshalb hielt die US-Zentralbank zur Kriegsfinanzierung trotz eines positiven Konjunkturverlaufs 2002 und 2003 an einem historisch niedrigen Zinssatz fest. Er führte zu einem Aktien- und Immobilienboom.

Im September 2008 platzte die Blase. Das Ende von Lehmann Brothers führte zur internationalen Finanzkrise und zum Zusammenbruch des US-Immobilienmarkts. Die materielle Basis der amerikanischen Mittelschicht wurde dadurch ebenso getroffen wie durch den Verlust qualifizierter Industriearbeitsplätze im Verlauf des immer härter werdenden globalen Wettbewerbs. Am Ende seiner Amtszeit hinterließ Bush der Jüngere seinem Nachfolger zwei gescheiterte Interventionen, eine darnieder liegende Volkswirtschaft und eine erschöpfte Gesellschaft.

Neubeginn mit sanfter Macht

Barack Hussein Obama, Sohn eines kenianischen Austauschstudenten und einer Weißen, verkörperte einen Neuanfang. Nachdem der *Global War on Terror* nicht nur den US-Haushalt, sondern auch die Beziehungen zur arabischen und islamischen Welt schwer belastet hatte, versuchte der elegante und überzeugende Redner diese Bürde abzuwerfen.

Obamas Ansprache in der Universität Kairo am 4. Juni 2009 war eine rhetorische Meisterleistung. Der Präsident begann mit dem Friedensgruß in arabischer Sprache, zitierte ausgewählte Passagen des Koran und versprach der arabischen Jugend, sie in ihrem Kampf für Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen.

Schon Edward Gibbon hatte in *Decline and Fall of the Roman Empire* bemerkt, es sei klüger, Massen zu überreden als sie zu zwingen. Das wusste auch Joseph Nye, der einflussreiche strategische Denker im Umfeld der demokratischen Parteioligarchie. Als Professor hatte er sich in Harvard mit Grundsatzfragen amerikanischer Machtprojektion befasst, bevor ihn Präsident Clinton 1993 zum Koordinator der Nachrichtendienste und anschließend zum stellvertretenden Verteidigungsminister machte.



Nye forderte ein konsequentes Kosten-Nutzen-Kalkül und die kluge Kombination zivilgesellschaftlicher, nachrichtendienstlicher und militärischer Mittel. In seinem 2004 veröffentlichten Buch *Soft Power* regte er an, zur Sicherung der amerikanischen Hegemonie verstärkt auf kulturelle, technologische und mediale Einwirkungsmöglichkeiten zu setzen. Bei diesem von Obama und seinen Beratern aufgegriffenen Ansatz handelte es sich um die pragmatische Variante der von Antonio Gramsci entworfenen marxistischen Strategie, die den internationalen Klassenkampf als globale Auseinandersetzung um die kulturelle Hegemonie will.

Enttäuschte Erwartungen

Im Rückblick entbehrt Obamas Präsidentschaft nicht der Tragik. Mit messianischen Hoffnungen überfrachtet, erhielt der charismatische Präsident bereits 2009 den Friedensnobelpreis. Am Ende aber war seine Gesamtbilanz ernüchternd.

Die Lage im vorderasiatisch-nordafrikanischen Raum verschlechterte sich dramatisch. Der Präsident hatte mit seiner Kairoer Rede dem „Arabischen Frühling“ 2011 starke Impulse gegeben. Aber von Tunesien abgesehen folgten auf die Rebellion keine friedlichen Veränderungen, sondern die Bürgerkriege in Syrien, Libyen und Jemen. Und obwohl 2011 der Begriff *Global War on Terror* aus dem offiziellen Sprachschatz der USA verschwand, folgten nun offene oder verdeckte Interventionen für Demokratie und Menschenrechte. Den Tod des libyschen Diktators Ghaddafi kommentierte Außenministerin Clinton mit der Caesar-Paraphrase: „We came, we won, he died!“ Nahezu zeitgleich töteten US-Spezialkräfte Osama ben Laden in Pakistan. Doch dann verlegte die dschihadistische Bewegung ihre Aktivitäten in die Sahelzone und in westliche Metropolen. Durch das zerfallene Libyen strömten Flüchtlinge zum Mittelmeer und in Paris starben die Redakteure von *Charlie Hebdo*.

Der syrische Bürgerkrieg und der amerikanische Rückzug aus dem Irak ermöglichten die Offensive des Islamischen Staats. Millionen flohen, viele führte ihr Weg 2015 nach Deutschland. Und was 2011 auf dem Tahrir-Platz in Kairo begann, setzte sich auf dem Maidan in Kiew fort: Eine Volksbewegung stürzte Präsident Janukowitsch im Februar 2014. Moskau antwortete mit der Annexion der Krim und der Unterstützung ethnisch-russischer Separatisten in der Ostukraine. Immerhin versuchte Hillary Clintons Nachfolger John Kerry, dem Iran die Option nuklearer Aufrüstung durch ein striktes Kontrollregime auf nichtmilitärischem Wege und im Einvernehmen mit Moskau, Peking und der Europäischen Union zu verbauen. Aber der nächste Präsident kündigte das Abkommen auf.

Auch die ökonomische und soziale Krise im eigenen Land konnte Obama nicht bewältigen. Zwar gelang es ihm, mit einem Kraftakt Millionen von Amerikanern den Zugang zu einer gesetzlichen Krankenversicherung zu öffnen. Aber *Obamacare* erwies sich nicht als der erhoffte gesellschaftliche Integrationsfaktor, sondern radikalisierte die politische Rechte. Sie bekämpfte das Projekt erbittert, nachdem die Krise des Jahres 2008/09 die Verarmung außerhalb der Wachstumsregionen, den Niedergang des öffentlichen Schulsystems in den urbanen Zentren und die Schwächung der weißen Mittelschicht beschleunigt hatte. Das erschütterte Vertrauen in die Politik der Zentralregierung konnte Obama nicht wiedergewinnen. Im Spätherbst 2014 entlud sich die Enttäuschung der afroamerikanischen Unterschicht in ersten schweren Unruhen.

Prognosen der Krise

Erstaunlich früh war vor der gesellschaftlichen Polarisierung und dem Aufstieg populistischer Bewegungen gewarnt worden. Als 2016, 25 Jahre nach der Erstauflage, eine aktualisierte Jubiläumsausgabe von Goldstones *Revolution and Rebellion* erschien, wählten die USA Donald Trump zum Präsidenten und die Briten stimmten für



den Brexit. Goldstones methodische Verbindung historisch-politischer Betrachtung mit datengestützter Gesellschaftsanalyse bildete seit 2000 die Grundlage des *Fragile States Index*. Nun verschlechterte sich das *Ranking* der USA von Jahr zu Jahr.

Detailstudien von Peter Turchin und Andrei Korotajew bestätigten den Befund. Beide Wissenschaftler stammen aus der von Nikolai Kondratiew begründeten russischen Schule der ökonomischen Langzeitforschung. Durch die mathematische Modellierung historisch-politischer Trends verfeinerten sie unter der Bezeichnung *Clodynamics* Goldstones Ansatz. Korotajew, Direktor des Instituts für Orientstudien der Russischen Akademie der Wissenschaften, beschrieb mit verblüffender Genauigkeit die überregionalen Folgen der Rebellion in der arabischen Welt und ihre Destabilisierungsrisiken. Turchin analysierte die US-Finanz- und Immobilienkrise und veröffentlichte im Februar 2010 eine Studie, die ihre Wirkungen mit den Krisenindikatoren des Jahrzehnts vor dem amerikanischen Bürgerkrieg verglich. Er prognostizierte eine Eskalation gesellschaftlicher Konflikte und ihren vorläufigen Höhepunkt im Jahre 2020.

Größer als je zuvor?

Am 1. Juni 2020 überquerte Donald Trump den Lafayette Square vor dem Weißen Haus. Zuvor hatten Polizei und Nationalgarde den Platz mit Tränengas von Demonstranten geräumt. Vor der mit Brettern verbarrikadierten St. John's Church, der Traditionskirche des Washingtoner Establishments, versprach der Präsident mit erhobener Bibel: „*We will be greater than ever before!*“

Die Szene erinnerte an Bilder aus Minsk, Kiew, Hongkong oder Kairo. Ebenso wie beim arabischen Frühling hatte ein Ereignis fernab der Hauptstadt die Rebellion ausgelöst. Am 25. Mai 2020 war in Minneapolis ein Afroamerikaner bei einem Polizeieinsatz zu Tode gekommen. Videoaufnahmen sorgten für Empörung. Landesweite Demonstrationen, Ausschreitungen, Plünderungen, der Sturz von Denkmälern und weitere Todesopfer folgten.

Schon in seiner Inaugurationsrede am 20. Januar 2016 hatte Trump ein düsteres Bild der Lage gezeichnet und angekündigt, die USA entlang dreier Leitlinien zu neuer Größe zu führen: ökonomischer Nationalismus, politischer Unilateralismus und Zerstörung des Verwaltungsstaates. Aber weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene konnte Trump die Situation verbessern. Auf eine Erholung der US-Binnenwirtschaft in den Jahren 2017 bis 2019 folgte während der Covid-19 Pandemie 2020 ein offenkundiges Versagen staatlichen Handelns. Die ökonomischen und sozialen Langzeitfolgen sind noch nicht absehbar, doch wurden die Zukunftshoffnungen der zwischen 1980 und 1995 geborenen *Millenials* nach der Finanzkrise 2008/09 zum zweiten Mal erschüttert.

Weltweit beschleunigte sich der Autoritätsverfall der USA. Das Land zog sich aus internationalen Vereinbarungen zurück, Richter des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wurden mit Sanktionen belegt. Die persönlich betriebene Politik des Präsidenten gegenüber Nordkorea scheiterte. Das Land, offiziell im Kriegszustand mit den USA, verfügt heute nicht nur über Nuklearwaffen, sondern vermutlich auch über eine Handvoll Interkontinentalraketen, die die Westküste der USA bedrohen.

Schließlich führte der Rückzug aus dem Nuklearabkommen mit Iran zu einer präzedenzlosen Isolierung der USA. Nur die Dominikanische Republik unterstützte am 20. August 2020 im Sicherheitsrat den Versuch, die Sanktionen gegen Iran zu verschärfen. Selbst das Vereinigte Königreich, der treueste Verbündete Washingtons, versagte die Gefolgschaft.



Kritische Perspektiven

Der Verlauf des Wahljahres 2020 spiegelt noch deutlicher als das Jahr 2016 die Fragmentierung der US-Gesellschaft. Eine von den USA geführte Ordnung der Welt, wie sie Bush der Ältere 1990 verkündete, ist nur noch eine ferne Erinnerung. Die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in den USA werden ebenso wenig verschwinden wie die weltweite chinesische Konkurrenz. 2021, 100 Jahre nach Gründung seiner Kommunistischen Partei, steigt China zur stärksten Macht der eurasisch-afrikanischen Landmasse auf. 2049, 100 Jahre nach Ausrufung der Volksrepublik, soll das Reich der Mitte nach dem Willen seiner Führung wieder im Zentrum der Weltpolitik stehen.

Trotz ihres Hegemonieverlusts werden die USA zumindest noch im nächsten Jahrzehnt die stärkste Macht der Erde bleiben. Die Frage, ob ihre Entscheidungsträger dieses Potential angesichts globaler Umverteilungskämpfe und innenpolitischer Rebellion verantwortungsbewusst zu nutzen wissen, wird die Zukunft beantworten. Für die Zeit nach den US-Präsidentenwahlen 2020 zeichnet sich jedenfalls schon heute eine Konstellation ab, die eine Fortsetzung der weltweiten Verunsicherung, ja sogar eine systemische Erschütterung möglich macht.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig in den *Denkwürdigkeiten*, Journal der Politisch-Militärischen Gesellschaft, Nr. 119, Oktober 2020, Berlin.

Über den Autor dieses Beitrags

Botschafter a.D. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt, geb. 1952, ist Berlin Fellow des Liechtenstein Institute on Self-Determination at Princeton University. Er war von 2014 bis 2017 Chefinspekteur des Auswärtigen Amtes (AA) der Bundesrepublik Deutschland und leitete davor von 2012 bis 2014 die Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik und Kommunikation des AA. Er war deutscher Botschafter in der Republik Korea und in Afghanistan. Davor arbeitete er an den deutschen Botschaften in Moskau und Washington sowie bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel.

